

Der DGB dreht durch

Von Friederike Spiecker | 18.03.2013

Jetzt brechen endlich Schlaraffenlandzeiten an: Der [DGB erklärt](#), dass höhere Löhne keine Gefahr für die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands und seine Exportchancen darstellten und deshalb ein höheres Lohnniveau hierzulande unproblematisch sei. Na, dann kann es ja an den gebratenen Tauben nicht mehr fehlen, die uns in den Mund fliegen, oder? Der DGB stützt seine Meinung auf die wissenschaftliche Arbeit einer Mitarbeiterin der Deutschen Bundesbank von 2008, die belegen soll, dass ein Prozent höhere Preise im Inland gegenüber dem Ausland nur $\frac{1}{4}$ Prozent weniger Exportnachfrage bedeute.

Warum das, wenn denn dieser empirische "Nachweis" so isoliert betrachtet überhaupt eine gesamtwirtschaftlich sinnvolle Aussage beinhalten sollte, eine gute Nachricht für die deutschen Arbeitnehmer sein soll, bleibt das Geheimnis des DGB. Denn die zitierte Studie bezieht sich explizit auf den relativen Abstand der inländischen gegenüber den ausländischen Preisen. Das hieße aber, dass der seit Beginn der Europäischen Währungsunion Jahr für Jahr mühsam und unter Agenda-2010-Schmerzen angesammelte Preisvorteil Deutschlands gegenüber z.B. Frankreich von inzwischen 20% jedes Jahr 5% mehr Exporte generierte – einfach so. Einzige Voraussetzung: diesen relativen Preisabstand mit Zähnen und Klauen verteidigen. Die Arbeitgeberseite würde also mitnichten dieselbe Studie so interpretieren, dass es auf das Preis- und damit das Lohnniveau hierzulande nicht ankäme. Der DGB hätte also allen Grund, dieser Studie ungefähr das Gegenteil dessen zu entnehmen, was er aus ihr herausinterpretiert: nämlich den erbitterten Widerstand der Arbeitgeberseite, sich bei den Lohnprozenten auch nur einen Hauch oberhalb dessen zu bewegen, was über das Zusammenzählen von Produktivitätszuwachs und voraussichtlicher Preisentwicklung bei den Handelspartnern hinausgeht. Da sich zumindest im Rest der EWU-Länder, die immer noch einen erheblichen Anteil der deutschen Exporte aufnehmen, obendrein eher deflationäre Tendenzen breit machen, dürften die Arbeitgeber sogar argumentieren, dass sie bei den Löhnen weniger als den Produktivitätszuwachs zuzulegen bereit sind.

Aber dieser Teil der Fehlinterpretation durch den DGB ist noch nicht einmal das Schlimmste an seiner Veröffentlichung. Das wirklich Unfassbare ist folgende pauschale Schlussfolgerung, die der DGB aus dem besagten empirischen Zusammenhang ziehen zu können meint: "Also sind höhere oder niedrigere Löhne für Erfolg oder Misserfolg der deutschen Wirtschaft nicht verantwortlich." Damit verabschiedet sich der DGB nicht nur von der Rolle eines ernst zu nehmenden Verhandlungspartners in Tarifgesprächen, er kündigt auch seinen Anspruch auf, die Interessen der Arbeitnehmer zu

vertreten. Denn aus dem Kontext ergibt sich, dass der DGB in seiner Argumentation glücklich bei denen angekommen ist, die "Erfolg oder Misserfolg" der deutschen Wirtschaft auf die Frage der Exportchancen reduzieren (vgl. auch Albrecht Müllers Kritik in einem [Beitrag vom 16.3.2013](#)). Die Binnennachfrage spielt da offenbar keine Rolle mehr. Dass der DGB die hierzulande gezahlten Arbeitseinkommen nicht mehr als gesamtwirtschaftlichen Kostenfaktor Nummer 1 wahr haben möchte, ist schlimm genug. Dass er sie nun aber auch als Nachfragefaktor Nummer 1 nicht mehr anzuerkennen bereit ist, das schlägt dem Fass den Boden aus. Damit sind alle Lohnverhandlungen, die verschiedene DGB-Mitgliedsgewerkschaften dieses Jahr noch absolvieren müssen, jeglicher logischer Argumentation beraubt. Wer seinen Kollegen dermaßen in den Rücken fällt, muss von allen guten Geistern verlassen sein.

Dass nebenher eine Lösung der Eurokrise durch diesen veröffentlichten Standpunkt noch schwerer wird als ohnehin schon, braucht kaum erwähnt zu werden. Denn wenn die Spitzenorganisation der deutschen Gewerkschaften die Ansicht vertritt, dass die deutschen Exportüberschüsse nicht sonderlich viel mit den deutschen Preisen und Löhnen zu tun haben, bedeutet das ja, dass gegen dieses ach so erfolgreiche Land mit seinen qualitativ unschlagbar guten Exportprodukten und seinem unüberbietbaren Service (vgl. DGB ebendort: "[Der] Preis ist nur ein Kriterium, ausschlaggebend sind immer Qualität und Service.") kein anderes Kraut gewachsen ist als die Rückkehr zu einer eigenständigen Währung, gegen die der Rest der Welt abwerten kann, um sich nicht bis in alle Ewigkeit bei dem Wirtschaftsgiganten Deutschland quasi zwangsläufig verschulden zu müssen.

Mein Rat an all die Arbeitnehmervertreter, die sich seit Jahren um eine verantwortliche Lohnpolitik bemühen und um eine stichhaltige Argumentation ringen, ist, die ultimative Forderung an den DGB zu stellen: Entweder der DGB distanziert sich eindeutig von diesem Unfug oder er kann sich nach neuen Mitgliedsgewerkschaften umsehen.

Über den Autor



Friederike Spiecker ist Diplom-Volkswirtin und lernte das Handwerkszeug zur theoretischen und empirischen Makroökonomie am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin. Heute arbeitet sie als freie Wirtschaftspublizistin und ist in der wirtschaftspolitischen Beratung von Parteien, Gewerkschaften und Verbänden tätig.

Veröffentlicht am: 18.03.2013

Erschienen unter: <https://makroskop.eu/2013/03/der-dgb-dreht-durch/>